

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 02.026/2686)
Für Annahme des Entwurfes 160 Stimmen
(Einstimmigkeit)

00.008

Gen-Lex. Umweltschutzgesetz. Änderung

Gen-lex. Loi sur la protection de l'environnement. Modification

Zweitrat – Deuxième Conseil

Botschaft des Bundesrates 01.03.00 (BBl 2000 2391)
Message du Conseil fédéral 01.03.00 (FF 2000 2283)

Bericht WBK-SR 30.04.01
Rapport CSEC-CE 30.04.01

Ständerat/Conseil des Etats 13.06.01 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.01 (Fortsetzung – Suite)

Bericht WBK-SR 27.08.01
Rapport CSEC-CE 27.08.01

Ständerat/Conseil des Etats 26.09.01 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 01.10.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 02.10.02 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 02.10.02 (Fortsetzung – Suite)

Ordnungsantrag Heberlein

Aufhebung der Begrenzung zur Einreichung von Einzelanträgen zum Geschäft 00.008 Gen-Lex.

Die Frist zur Einreichung von Einzelanträgen (Kategorie IV) soll bis Dienstagmittag, d. h. bis Abschluss der Morgensitzung vom 1. Oktober 2002, verlängert werden.

Motion d'ordre Heberlein

Concernant l'objet 00.008 Gen-lex, le délai prescrit pour le dépôt des propositions individuelles (traitées en catégorie IV) est prolongé jusqu'à la fin de la séance du mardi 1er octobre 2002.

Heberlein Trix (R, ZH): Das Büro war in der Ausgestaltung der Rechte der Parlamentarierinnen und Parlamentarier in dieser Session äusserst restriktiv. Das hat sich darin geäussert, dass wir im Programm rasch vorwärts gekommen sind. Das ist an sich erfreulich, aber mit der Einreichungsfrist für die schriftlichen Einzelanträge hat das Büro meiner Meinung nach doch etwas übermarcht, indem es die Frist hier auf den Donnerstag festgelegt hat. Wir Milizparlamentarierinnen und -parlamentarier arbeiten hier und da auch über das Wochenende, und wenn sich über das Wochenende noch bessere Lösungen ergeben, müsste ein solcher Antrag auch bis heute Mittag noch eingereicht und übersetzt werden können. Dazu haben wir genügend Zeit. Ich ersuche Sie im Interesse einer geordneten Diskussion, das Einreichen von schriftlichen Anträgen – wir diskutieren ja ohnehin nur in Kategorie IV – noch bis heute Mittag zuzulassen, damit wir am Ende eine effiziente, aber auch eine tragfähige Gesetzgebung haben.

In diesem Sinne möchte ich Ihnen beantragen, meinen Ordnungsantrag gutzuheissen. Für die Parlamentsdienste gibt es noch genügend Zeit für die Übersetzung dieser Anträge, die ja nur schriftlich eingereicht werden können und auch die Diskussion nicht verlängern. Daher, Frau Präsidentin, möchte ich Sie bitten, diesen Ordnungsantrag dann auch gutzuheissen.

Tschuppert Karl (R, LU), für das Büro: Ich bitte Sie namens des Büros, den Ordnungsantrag Heberlein abzulehnen. Warum?

Mit der Kategorie IV haben wir bisher sehr gute Erfahrungen gemacht, und in dieser Session haben wir nicht nur die Gen-Lex in die Kategorie IV eingeteilt, sondern auch das Kartellgesetz. Sie haben letzte Woche miterlebt, wie reibungslos und zeitgerecht dies über die Bühne ging. Dazu kommt, dass wir Ihnen bereits acht Tage vorher mitgeteilt haben, dass wir das vorliegende Geschäft in Kategorie IV behandeln wollen.

Das Büro will einfach verhindern, dass in diesem Rat erneut eine Kommissionssitzung stattfindet. Das Büro kann sich nicht vorstellen – wir haben gesehen, während wie vielen Tagen in der Kommission zu Recht über die Gen-Lex diskutiert wurde –, dass in letzter Minute noch etwas so Dringendes auf den Tisch kommt, das während der monatelangen Beratungen in der Kommission nicht schon behandelt worden wäre. Wenn das aber tatsächlich der Fall wäre und etwas Neues auftauchen würde, das man bisher nicht gesehen hat, so gibt es noch einen Zweitrat. Solche Anträge kann man auch im Differenzbereinigungsverfahren einbringen. Ich bitte also im Sinne der Effizienz, dem Büro zuzustimmen und ein Zeichen zu setzen, dass die Kommissionen künftig ihre Arbeit abschliessen müssen, bevor sie mit einem Geschäft in den Rat kommen.

Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung unseres Antrages.

Heberlein Trix (R, ZH): Haben Sie realisiert, dass ich in keiner Art und Weise eine Kategorieänderung verlangt habe, sondern nur, dass schriftliche Anträge aus den Reihen der Mitglieder unseres Parlamentes noch bis heute Mittag um 12 Uhr oder bis am Schluss der Sitzung eingereicht werden dürfen? Also das hat mit Effizienz gar nichts zu tun. Ich bin einverstanden mit der Kategorie; da verlange ich keine Änderung.

Tschuppert Karl (R, LU), für das Büro: Meine liebe Kollegin, ich habe das selbstverständlich gewusst, aber ich will nicht von unserem Antrag abrücken.

Widmer Hans (S, LU): Die SP-Fraktion empfiehlt Ihnen, den Ordnungsantrag Heberlein zu unterstützen.

Sie tut das, weil sie sich dessen bewusst ist, dass es Leute gibt, die behaupten, man könne mit dem Hinweis darauf, dass man keine Anträge mehr habe einreichen können, Rückweisung des Geschäftes beantragen. Ich bitte Sie in diesem Sinne, im Sinne einer Effizienzsteigerung des Ratsbetriebes, hier eine Ausnahme zu machen und das Büro für einmal zu überstimmen.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Heberlein 144 Stimmen
Dagegen 8 Stimmen

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Nous pouvons donc passer à l'examen de fond.

Antrag der Kommission

Eintreten

Antrag Polla

Nichteintreten

Antrag Triponez

Nichteintreten

Antrag Neiryneck

Rückweisung an die Kommission mit dem Auftrag, zwei unterschiedliche Texte auszuarbeiten: den einen betreffend die Herstellung und den Vertrieb von GMO, den anderen betreffend die Forschung auf diesem Gebiet. Die Kommission könnte sich auch auf nur eine Vorlage beschränken, wobei klarzustellen wäre, dass diese nicht für die Forschung gilt, welche in Bezug auf die GMO keinen Gesetzeszwängen unterliegt.

Antrag Frey Claude

Rückweisung an die Kommission

mit dem Auftrag, eine mit den europäischen und den WTO-Normen verträgliche Vorlage auszuarbeiten, welche die Forschung in der Schweiz nicht wesentlich beeinträchtigt.

Antrag Wandfluh

Rückweisung an eine Sonderkommission

mit dem Auftrag, die Vorlage so zu überarbeiten, dass:

1. für den Forschungsbereich und für den Anwendungsbereich je Haftungsregelungen gefunden werden, die den unterschiedlichen Bedürfnissen Rechnung tragen;
2. die Haftpflicht für Landwirte als Anwender von gentechnisch veränderten Organismen (Saatgut usw.) ausgeschlossen wird.

Proposition de la commission

Entrer en matière

Proposition Polla

Ne pas entrer en matière

Proposition Triponez

Ne pas entrer en matière

Proposition Neiryneck

Renvoi à la commission

avec mandat de préparer deux textes distincts portant respectivement sur la production et la commercialisation d'OGM d'une part, sur la recherche dans le domaine d'autre part.

A titre subsidiaire la commission pourrait se limiter à présenter un seul texte précisant qu'il ne s'applique pas à la recherche qui est libre de toute contrainte légale propre aux OGM.

Proposition Frey Claude

Renvoi à la commission

en la chargeant de présenter un projet compatible avec les normes européennes ainsi qu'avec celles de l'OMC; ce projet ne devra pas être une entrave majeure à la recherche en Suisse.

Proposition Wandfluh

Renvoi à une commission spéciale

chargée de modifier le projet en fonction de deux objectifs:

1. trouver des systèmes de responsabilité couvrant le domaine de la recherche d'une part, et le domaine des applications d'autre part, qui tiennent compte des spécificités propres à chacun de ces deux domaines;
2. exclure la responsabilité civile des agriculteurs utilisant des organismes génétiquement modifiés (semences, etc.).

Studer Heiner (E, AG), für die Kommission: Ich heisse Sie als Kommissionssprecher zum Polit-Thriller am heutigen Dienstagmorgen herzlich willkommen. Durch die Medien wurde hinreichend übermittelt, dass wir es bei der Gen-Lex mit einer Materie zu tun haben, welche viele Mitglieder unseres Rates zutiefst bewegt und erregt. Manche mit knapper Mehrheit zustande gekommenen Kommissionsanträge machen deutlich, dass zu Recht Spannung angesagt ist. Aber gerade weil es sich um eine heikle Materie handelt, ist es von Bedeutung, dass wir uns ernsthaft und seriös mit der Sachlage auseinandersetzen. Statt mit der Revision des Umweltschutzgesetzes und vieler weiterer Bundesgesetze weiterzufahren, wie es uns der Bundesrat im März des Jahres 2000 beantragt hatte, beschloss die WBK, das vom Ständerat verabschiedete einheitliche Gentechnikgesetz zu übernehmen und weiterzubearbeiten.

Das bisherige schweizerische Recht über die Gentechnik im Ausserhumanbereich ist schwer erfassbar und nicht sehr übersichtlich. Es gibt verschiedene Wiederholungen sowie einige ungeklärte Konkurrenzprobleme, z. B. bezüglich der Anwendbarkeit der Haftpflichtbestimmungen und der Strafbestimmungen. Das von der Kommission übernommene

Gentechnikgesetz enthält alle wesentlichen Bestimmungen für alle Anwendungsbereiche der Gentechnologie im Ausserhumanbereich, von den Heilmitteln über die Tierversuche bis zur Landwirtschaft. Mit dieser Rechtsvereinheitlichung werden eine Konzentration und mehr Verständlichkeit des Gentechnikrechtes erreicht. Dabei wurde das Gentechnikrecht aus dem Umweltschutzgesetz, dem Epidemienengesetz und anderen Bundeserlassen weitgehend herausgenommen, ohne dass sich gegenüber dem geltenden Umweltschutzgesetz von 1995 und den Änderungsanträgen des Bundesrates Einbussen ergeben hätten.

So wurden z. B. ausdrücklich das Vorsorge- und das Verursacherprinzip in Artikel 2 aus dem entsprechenden Gesetz übernommen, ebenso viele Vollzugs- und Durchsetzungsinstrumente des Umweltschutzrechtes. Mit der Schaffung einer besonderen Gen-Lex können vor allem bestimmte Grundsätze des Umgangs mit gentechnisch veränderten Organismen für alle Rechtsbereiche vereinheitlicht werden. Dazu gehören die Deklarationsvorschriften nach Artikel 13, welche somit im Bereiche des Tierschutzes, in der Lebensmittelgesetzgebung, in der Epidemiengesetzgebung, im Landwirtschaftsrecht oder für Tierarzneimittel gelten. Die vom Bundesrat in den entsprechenden Gesetzen vorgeschlagenen Änderungen werden damit überflüssig. Mit einer generell gültigen Gen-Lex wird auch klargestellt, dass bei jedem Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen die Haftungsbestimmungen und die Strafbestimmungen des besonderen Gentechnikrechtes gelten – und z. B. nicht schwächeres Produkte- oder Lebensmittelrecht. Weiter gehende Vorschriften in anderen Gesetzen über den Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen sind nur dann gültig, wenn sie strenger sind.

Die WBK hat im Übrigen noch mehr als der Ständerat die mit dem Gentechnikrecht in Zusammenhang stehenden Gesetzesänderungen im Anhang 1 reduziert, womit der allgemeine Charakter der Gen-Lex noch deutlicher wird. Der Anhang 2 der Vorlage enthält alle übrigen vom Bundesrat gewünschten Gesetzesänderungen, soweit ihnen der Ständerat und die WBK zugestimmt haben. Dabei geht es durchwegs um Gesetzesbestimmungen, die nicht die Gen-Lex betreffen.

Eintreten war in unserer Kommission völlig unbestritten. In der Detailberatung ergab sich selbstverständlich ein intensives Ringen um die einzelnen Artikel. Auch wenn in der WBK über weite Strecken Einigkeit besteht, ist nicht zu verhehlen, dass in zentralen Fragen eine Polarisierung stattfand. Dass in der WBK zentrale Entscheide lediglich mit einer Stimme Mehrheit oder mit dem Stichentscheid des Präsidenten zustande kamen, verstärkt selbstverständlich die Brisanz. Es ist auch nicht zu verhehlen, dass das sonst in unserer Kommission herrschende Klima, welches als hervorragend bezeichnet werden kann, einer grossen Belastungsprobe ausgesetzt war. Deshalb ist es sehr wichtig, in diesem Fragenkreis kühlen Kopf zu bewahren und die verschiedenen Meinungen engagiert, jedoch mit Respekt vor den Andersdenkenden zu vertreten.

Wir haben eine Vorlage, und wir können entscheiden. Die Kommissionsmehrheit und verschiedene Kommissionsminderheiten unterbreiten dem Ratsplenum profilierte, begründete Anträge. Damit haben wir als Rat, als Gesetzgeber, eine gute Grundlage, um unsere Entscheide in Kenntnis der Sache treffen zu können. Auch wenn unsere Kommission, wie teilweise gewünscht wurde, noch eine Kommissionsitzung mehr durchgeführt hätte, wäre bei Ihnen nichts anderes eingetroffen, als dass höchstens beim einen oder anderen Antrag die Mehrheit zur Minderheit – oder umgekehrt – hätte werden können.

Noch etwas Besonderes: Das Haftpflichtrecht – das sind die Artikel 27 bis 30 – wird von Kollegin Brigitta Gadiant vertreten. Sie war Präsidentin der Subkommission der WBK, welche diesen Bereich zuhanden der Gesamtkommission vorbereitete; sie ist die Fachfrau für diesen Bereich. Damit werden sich Kollegin Chiara Simoneschi und der Berichterstatter zu allen anderen Fragen äussern, aber nicht zum Haftpflichtrecht.

Ich bitte Sie namens der Kommission, auf diese Vorlage einzutreten und alle Nichteintretens- und Rückweisungsanträge abzulehnen.

Simoneschi Chiara (C, TI), pour la commission: La loi sur le génie génétique que nous discutons aujourd'hui vise à combler les lacunes et à compléter la législation sur le génie génétique dans le domaine non humain. Après la révision de la loi sur la protection de l'environnement (LPE) en 1995 qui l'a complétée par de nouvelles dispositions sur les organismes dangereux pour l'environnement, le Conseil fédéral a approuvé les ordonnances y relatives en 1999. Celles-ci visent à prévenir les risques que l'utilisation d'organismes génétiquement modifiés ou pathogènes fait courir à l'homme et à son environnement. Toute utilisation doit au préalable être examinée quant à son impact sur l'environnement, puis faire l'objet d'un contrôle de la part de l'autorité compétente. Toutes ces normes ont été reprises dans le texte de loi que nous allons discuter aujourd'hui.

La révision de la LPE de 1995 avait une lacune que la motion Gen-lex 96.3363 a demandé de combler. Il s'agit notamment du fait que les principes contenus dans l'article 120 alinéa 2 de la nouvelle Constitution fédérale (anc. art. 24novies al. 3) ne figuraient pas dans la LPE, en particulier le respect de l'intégrité des organismes vivants, la protection de la diversité génétique des espèces animales et végétales et l'utilisation durable de leur patrimoine germinal et génétique.

En transmettant la motion Gen-lex déposée par la Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil national, les Chambres fédérales ont chargé le Conseil fédéral de combler le plus rapidement possible les lacunes constatées dans la législation sur le génie génétique dans le domaine non humain.

La présente modification remplit donc ce mandat. Elle reprend tous les concepts que j'ai énoncés. Ils sont contenus dans l'article constitutionnel et dans la motion précitée transmise par les Chambres. Cette nouvelle loi définit donc la dignité de la créature, règle la composition et les tâches de la Commission fédérale d'éthique pour la biotechnologie dans le domaine non humain, règle la responsabilité civile, introduit un droit général d'accès aux dossiers et l'encouragement de l'information de la population et du dialogue.

La commission s'est occupée du projet Gen-lex pendant six mois. Elle a été accompagnée dans son travail par un expert, le professeur Schweizer. Elle a organisé beaucoup de «hearings» pour approfondir avec les experts les problèmes les plus importants. Après de longues et vives discussions, la commission vous présente le projet visé en objet et vous informe qu'elle s'est ralliée en grande partie aux choix du Conseil des Etats. Elle vous présente ce texte qui est transparent et plus clair.

Ce texte de loi est une bonne base de discussion dans la mesure où toutes les visions et les attentes, parfois très très éloignées les unes des autres, peuvent se confronter de manière civile et constructive. Le travail législatif représente en effet la seule possibilité institutionnelle et démocratique pour discuter à fond des règles qu'une communauté veut se donner pour régler les activités humaines. Donc, les propositions de non-entrée en matière et de renvoi à la commission sont dénuées de fondement parce que tous les éléments sont réunis pour mener aujourd'hui une discussion démocratique tous ensemble. Nous avons les propositions de majorité, de minorités et les propositions individuelles; nous avons tout pour discuter le projet.

La commission a surtout examiné trois ou quatre thèmes que je vous nomme rapidement. Il s'agit de l'article 1er concernant le but; du nouveau concept à l'article 6; du nouvel article 6bis concernant la protection de la production exempte d'OGM et le libre choix du consommateur; de l'article 7 concernant la dignité de la créature; du nouvel article 13bis concernant la séparation des flux des produits et la traçabilité; et enfin il y aura une discussion sur la responsabilité civile et sur le moratoire. Nous aurons la possibilité de traiter en profondeur, durant les débats, tous ces points, les

articles de loi, les propositions de minorité et les propositions individuelles.

Je me permets ici d'aborder seulement quelques points importants du point de vue des principes, points dont nous n'aurons sûrement plus la possibilité de discuter.

La première observation concerne la forme de la loi. Vous avez vu que la commission s'est ralliée à la décision du Conseil des Etats de faire une loi à la fois générale et spéciale sur l'application du génie génétique au domaine non humain. La législation suisse sur le génie génétique était jusqu'à maintenant dans ce domaine peu transparente. Il y avait beaucoup de répétitions, et il y avait aussi quelques problèmes non clarifiés d'applicabilité de certaines normes. La loi sur le génie génétique (LGG) que la commission vous présente contient toutes les dispositions les plus importantes pour tous les champs d'application du génie génétique au domaine non humain, c'est-à-dire des médicaments aux expérimentations sur les animaux et les plantes ainsi qu'à l'agriculture. C'est l'avantage d'avoir une loi spéciale qui regroupe tout. La science aussi est donc mentionnée dans cette loi, et on ne voit pas pourquoi on devrait faire maintenant une nouvelle loi sur la science.

Par cette unification législative, on a une concentration des normes et une meilleure compréhension du droit en matière de génie génétique. On a supprimé les dispositions qui se réfèrent au génie génétique de la loi sur la protection de l'environnement, de la loi sur les épidémies et d'autres textes, sans nuire à la législation sur la protection de l'environnement déjà en vigueur depuis 1995 et sans dénaturer le projet du Conseil fédéral du 1er mars 2000.

L'élaboration d'une loi spéciale donne en plus la possibilité d'unifier certains principes concernant l'utilisation d'organismes génétiquement modifiés dans tous les domaines. Par exemple, les règles pour la déclaration, selon l'article 13 LGG, sont valables tant dans le domaine de la protection des animaux que dans celui de la législation sur les denrées alimentaires et les épidémies, ou dans ceux de la législation sur l'agriculture, les médicaments et les animaux. La LGG, loi générale, enfin, permet que pour toute utilisation d'OGM soient applicables les dispositions sur la responsabilité civile et pénale contenues dans cette loi.

La deuxième remarque concerne la procédure d'autorisation. La législation sur l'utilisation d'OGM doit fixer, comme le font déjà depuis 1995 l'article 29 LPE et les ordonnances y relatives, les principes les plus importants pour toute utilisation d'OGM et elle doit en fixer aussi les limites. Le point de départ, tant dans la législation suisse que dans les législations d'autres pays ainsi que dans les législations internationales, c'est la conviction que l'utilisation des OGM doit se réaliser «step by step», pas après pas. Selon ce principe universellement reconnu, il est d'abord nécessaire de prévoir une autorisation ou une notification pour l'utilisation en milieu confiné, ensuite une autorisation pour les disséminations expérimentales et enfin, une autorisation pour toute mise en circulation. C'est notre concept formulé à l'article 6 LGG, et qui reprend justement le principe du «step by step» qui est internationalement reconnu. En plus de ces trois pas, la LGG contient des dispositions supplémentaires en rapport avec la situation actuelle. A l'article 12, par exemple, on donne la faculté au Conseil fédéral de prévoir des exceptions, et c'est aussi important. Tous les contrôles qu'on doit faire – parce que la loi prévoit des contrôles – sont réunis aux articles 9, 10, 12 et 16 LGG; ils sont accompagnés de prescriptions matérielles aux articles 6, 6bis, 7, 7bis et 16 LGG.

Ces deux observations ajoutées au fait qu'on a une loi à la fois générale et spéciale qui réunit toutes les applications dans tous les domaines et le concept «step by step», sont de motivations très fortes pour entrer en matière et discuter démocratiquement tous les articles, l'un après l'autre, en examinant les propositions de majorité et de minorité et les propositions individuelles.

Triponez Pierre (R, BE): Ich beantrage Ihnen, auf diese Vorlage nicht einzutreten. Was wir hier als Entwurf für eine

Gen-Lex vor uns haben, ist ein regelrechtes Verhinderungsgesetz für die Weiterentwicklung der Gentechnologie und somit eine Missachtung des klaren Volkswillens, wie er von einer überwältigenden Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit der massiven Verwerfung der Genschutz-Initiative vor erst vier Jahren mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht worden ist.

Mit ihrem Nein zur Genschutz-Initiative haben die Stimmberechtigten ein klares Zeichen zugunsten der Forschung und zugunsten der Entwicklung der Gentechnologie gesetzt und ihren Willen bekundet, dass die Schweiz in dieser Zukunftstechnologie nicht ins Hintertreffen geraten darf, sondern an der Spitze des Fortschritts mithalten soll. Ohne die deutliche Abweisung der Genschutz-Initiative wären denn auch die inzwischen zahlreichen Neugründungen in der schweizerischen Biotechnologiebranche nicht möglich gewesen; ohne das klare Bekenntnis des Schweizervolkes zur Weiterentwicklung der Gentechnologie hätten viele junge Forscher in unserem Lande ihre Tätigkeit aufgeben oder ins Ausland verlegen müssen.

Heute ist die Schweiz im europäischen Quervergleich ein führendes Land in der biomedizinischen Forschung. Wir profitieren dabei von einem konstruktiven Nebeneinander von Spitzenforschung und Spitzenausbildung an den Hochschulen und in global tätigen Pharmafirmen. Diese positive und viel versprechende Entwicklung steht im harten Wettbewerb mit anderen Ländern, welche der Forschung auf dem Gebiet der Gentechnologie eine hohe Priorität einräumen.

Vor diesem Hintergrund habe ich die Gen-Lex-Debatte in der letzten Zeit mit zunehmender Sorge verfolgt. Dabei möchte ich zur Klarstellung betonen, dass ich in keiner Art und Weise mit der Pharmaindustrie oder der Biotechnologiebranche liiert bin. Mein Nichteintretensantrag beruht ausschliesslich auf meiner persönlichen Überzeugung, dass der vorliegende Gesetzentwurf der Kommissionsmehrheit unhaltbar ist. Ich erinnere daran, dass die so genannte Gen-Lex-Motion im Jahre 1996/97 als materieller Gegenentwurf zur damaligen Genschutz-Initiative überwiesen wurde.

Kontrolle statt Verbote, so lautete damals die Zielsetzung. Davon ist heute im Entwurf leider nicht mehr viel zu spüren. Der Vorschlag, den uns die vorberatende Kommission vorlegt, muss vielmehr als mehrstufiges Verhinderungsgesetz bezeichnet werden. Ziel der Gen-Lex sollte es eigentlich sein, die Gesetzeslücken im Bereich der Gentechnologie zu schliessen und Missbräuche zu verhindern. Aber es gibt gar nicht mehr so viele Lücken, die ein spezielles Gesetz notwendig machen würden, denn die Gesetzesmaschinerie ist in den letzten Jahren nicht stillgestanden. Es gibt heute, basierend auf dem Umweltschutzgesetz, die Verordnungen über den Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) im geschlossenen System wie auch über deren Freisetzung. Unser Lebensmittelrecht hält fest, dass Lebensmittel, welche GVO enthalten, für die Konsumenten speziell gekennzeichnet werden müssen. Bestimmungen über die Gentechnik finden wir auch im Heilmittelgesetz. Auch die Ethikkommission hat sich in der Zwischenzeit ohne zusätzliche Gesetzesgrundlage wirksam etabliert.

Man kann sich deshalb füglich fragen, wo denn noch zusätzlicher Regelungsbedarf besteht. Wenn es diejenigen Regelungen sind, welche uns die Mehrheit der WBK jetzt vorschlägt, sollten wir besser auf diese verzichten. Wenn es um Regelungen geht, die dazu führen, dass sich an den Universitäten, an der ETH Zürich beispielsweise, kein einziger Forscher mehr für die Pflanzenforschung einschreibt, sollten wir diese Vorlage ablehnen. Wenn es um Regelungen geht, welche die Präsidenten beider ETH zu einem Alarmruf aus Sorge um die Zukunft des Forschungsplatzes Schweiz treiben, sollte uns das zu denken geben. Wenn es Regelungen sind, welche unsere Pharmafirmen gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten diskriminieren, sollten wir die Übung lieber abbrechen. Wenn ich höre, wie die Pharmaindustrie heute die Folgen der Gen-Lex für die GVO-Medikamente in der Schweiz beurteilt, möchte ich auf dieses Gesetz verzichten. Das ursprüngliche Ziel, eine sinnvolle Missbrauchsgesetzgebung zu schaffen und Lücken zu schliessen, ist in der Kom-

mission vergessen gegangen. Die vorgeschlagenen Moratorien, Quasi-Verbote, Behinderungen einer zukunftsreichen Technologie und weltweit einzigartigen Haftungsregelungen würden nach meiner Überzeugung zu einem Verlust der Konkurrenzfähigkeit unseres Forschungsplatzes führen. Ich beantrage Ihnen deshalb Nichteintreten auf diese Gesetzesvorlage.

Müller-Hemmi Vreni (S, ZH): Herr Triponez, ich habe hier Artikel 120 der Bundesverfassung, der uns vorgibt, der Mensch und seine Umwelt seien vor Missbräuchen der Gentechnologie zu schützen. Er gibt uns vor, dass wir gesetzliche Regelungen zu treffen haben, dabei der Würde der Kreatur sowie der Sicherheit von Mensch, Tier und Umwelt Rechnung tragen und die genetische Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten schützen sollen. Ich habe hier die Gen-Lex-Motion, die diesen Auftrag wiederholt. Sie finden hier an x Stellen das Wort «schützen».

Herr Triponez, ich frage Sie: Schlagen Sie und alle, die jetzt hinter diesem Nichteintretensantrag stehen, nicht den Sack und meinen eigentlich den Esel? Warum stehen Sie nicht offen dazu? Warum beantragen Sie nicht, diesen Verfassungsartikel zu streichen? Warum starten Sie nicht eine entsprechende Initiative? Das wäre ehrliche Politik von Ihrer Seite her.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Je rappelle aux personnes qui posent des questions que le but n'est pas de rouvrir le débat qui a dû être tenu en commission.

Triponez Pierre (R, BE): Frau Müller, mir scheint es auch, dass die von Ihnen gestellte Frage eher eine Deklaration war. Ich stehe selbstverständlich zum Verfassungsartikel, den wir haben. Sie sollten andererseits zur Kenntnis nehmen, was das Schweizervolk abgestimmt hat, als es die Entwicklung, Weiterentwicklung und Forschung auf dem Gebiet der Gentechnologie wollte. Was man hier hätte schaffen sollen, das ist effektiv eine Missbrauchsgesetzgebung bzw. eine Schliessung der Lücken, und hier gehen Sie weit über das hinaus. Das ist der Grund meines Nichteintretensantrages.

Widmer Hans (S, LU): Herr Triponez, Sie haben in Ihrem Votum die ETH erwähnt, und Sie haben darauf hingewiesen, dass es praktisch keine Bewerbungen für den Bereich Pflanzenforschung mehr gebe. Ist Ihnen auch bekannt, dass im Bereich der Risikoforschung zu viele Anmeldungen da sind, und wie interpretieren Sie dieses Faktum?

Triponez Pierre (R, BE): Ich habe in meinen Ausführungen dargelegt, dass ich Regelungen für die Zukunft nicht zustimmen kann, wie sie hier vorliegen und die dazu führen könnten, dass sich kein einziger Forscher mehr für die Pflanzenforschung einschreibt. Es wäre ja schön, wenn sich möglichst viele Forscher auf dem Gebiet der Risikoforschung weiterbilden und uns neue Erkenntnisse bringen würden.

Walter Hansjörg (V, TG): Ich höre, Herr Triponez, dass Sie nicht auf die Vorlage eintreten wollen, und ich frage Sie nun: Finden Sie das klug, wenn wir allenfalls unter dem Druck eines Verfassungsauftrages aufgrund einer Volksinitiative ein Gesetz erstellen müssen? Dient es dem Forschungsplatz Schweiz, wenn wir dieses Problem vor uns herschieben, es nicht lösen und warten, bis das Volk die entsprechenden Weichen stellt?

Triponez Pierre (R, BE): Ich möchte Ihnen dazu sagen, dass wir durch einen Volksentscheid, den ich bereits zwei oder drei Mal zitiert habe, klar legitimiert sind – das ist die Ausgangslage. Ich sehe keinen Zeitdruck irgendwelcher Art. Wenn die Zeit so genützt wird, dass wir möglichst viele Bremsmanöver einbauen und dafür sorgen, dass sich unsere Zukunft nicht weiterentwickelt, dann macht mir das

Sorge. Ich glaube nicht, dass wir unter Zeitdruck stehen, Regelungen zu treffen. Wir sollten vielmehr dafür sorgen, das Umfeld für diese Forschung und Entwicklung möglichst positiv zu gestalten.

Polla Barbara (L, GE): Triponez, Polla: même combat! Le groupe libéral vous recommande, comme le groupe radical-démocratique, de ne pas entrer en matière sur ce projet de loi qui ne respecte pas les décisions démocratiques prises en 1998 lors du rejet massif par le peuple de l'initiative populaire dite pour la protection génétique. Le peuple suisse s'était alors exprimé très clairement en faveur de la recherche et du développement dans le domaine du génie génétique et affirmait sa confiance dans les qualités scientifiques et éthiques de notre recherche, ainsi que dans notre capacité à protéger notre pays contre les abus dans ce domaine. Mais ce n'est pas ce que le projet Gen-lex nous propose.

Il est donc logique de refuser d'entrer en matière sur ce projet de loi en gardant en mémoire les propos du professeur de bioéthique, M. Alex Mauron, qui a dit: «Une société qui interdit certains domaines de connaissances est une société figée.» Gen-lex interdit. Gen-lex fige. Gen-lex détourne la volonté du souverain. Elle ne fait pas simplement que protéger contre les abus, ce à quoi nous pourrions adhérer. Nous, nous voulons, comme les citoyens suisses, au contraire, une société qui soit ouverte, responsable et capable de se développer d'une manière harmonieuse et durable. Pour ce faire, il faut refuser d'entrer en matière sur cette Gen-lex-là.

Cuche Fernand (G, NE): Vous avez fait référence à la décision majoritaire du peuple suisse il y a quelques années concernant l'initiative populaire pour la protection génétique. Les derniers sondages en ce qui concerne les aliments génétiquement modifiés révèlent qu'en tout cas 70 pour cent de la population ne veut pas consommer des aliments contenant des OGM. Comment expliquez-vous ce refus exprimé par la majorité du peuple suisse?

Polla Barbara (L, GE): Je pense qu'il existe toujours des différences considérables entre les sondages et les votations. Le peuple suisse a dit en votation ce qu'il voulait en 1998. Je fais confiance au résultat des votations; nous serons peut-être amenés à lui reposer la question dans le même contexte plutôt que dans le cadre de sondages.

Neiryneck Jacques (C, VD): La proposition que je présente ne constitue ni une manoeuvre dilatoire ni une critique du travail effectué par la commission, mais une tentative pour mieux le cibler. Les propositions de la commission satisfont ait pleinement écologistes, agriculteurs et consommateurs. Mais cette loi a suscité, comme vous le savez, une protestation unanime parmi les chercheurs, qu'ils soient dans le secteur privé ou dans les hautes écoles; cela va de l'Académie suisse des sciences naturelles jusqu'aux deux présidents des EPF, en passant par une motion signée par pratiquement tous les professeurs de biologie. Il serait donc préférable de bien distinguer deux objectifs et de les atteindre séparément.

Premier objectif: éviter la dissémination en masse d'OGM. Comme vient de le dire M. Cuche, l'opinion publique éprouve actuellement une telle méfiance à l'égard des aliments contenant des OGM qu'il est vain de les proposer dans le commerce. Dès lors, il est impossible de les utiliser dans l'agriculture, et ils ne le sont pas. Ce moratoire de fait rend d'ailleurs superflu le moratoire légal proposé à l'article 32bis. Ce dernier est à la fois redondant et cependant utile si, et seulement si, il est bien ciblé.

Le projet Gen-lex sanctionne la production de nouvelles espèces non pas en fonction de leur éventuelle nocivité, mais en rapport avec la méthode employée. Cette méthode a été diabolisée. Ce n'est plus une loi sur la protection de l'environnement, c'est devenu une loi contre le génie génétique. Car en génie génétique, on ne fait rien d'autre que ce que la

nature a toujours fait, c'est-à-dire déplacer des gènes d'une espèce à une autre, par le biais de virus.

L'homme, en génie génétique, décide à la place du hasard. Il devient donc responsable de l'évolution, ce qui est gigantesque. Il devient responsable, mais non coupable comme le laissent entendre les propositions de la commission. Ainsi, cette loi s'occupe bien moins de protéger l'environnement que d'apaiser des angoisses plus ou moins fondées. Peu importe. Les lois sont faites pour les hommes. S'il faut une loi restrictive pour assurer la paix civile, pourquoi s'en priver? Le premier objectif est donc atteint et même dépassé, car l'essentiel est de rassurer l'opinion publique.

On peut accepter une loi sur le génie génétique très stricte, puisqu'elle ne s'appliquera pas faute de champ d'application.

Sauf bien entendu si le texte proposé lèse d'autres intérêts qui sont tout aussi importants. Les chercheurs ont attiré notre attention sur les obstacles que le présent texte constitue pour eux. Or ils sont les seuls à être véritablement concernés, puisque les seuls OGM utilisés en Suisse sont ceux qui font l'objet de recherches. Il faut prendre au sérieux leur requête, car au-delà de la recherche il y a la formation et l'industrie. Le président Kübler a confirmé que cette année, en première année d'agronomie alimentaire, il n'y a plus d'étudiant à l'Ecole polytechnique fédérale de Zurich.

Le second objectif que nous devrions donc viser serait d'assurer que cette recherche puisse se poursuivre dans de bonnes conditions. Dans cette discipline, la place scientifique suisse est une des meilleures du monde, et la loi risque de la détruire. Nous ne légiférons pas ici pour le monde entier, s'il vous plaît! Notre choix se résume à entraver ou non certaines recherches en Suisse. Le seul résultat, si nous l'entrevoyons, sera de la faire déménager dans des pays plus tolérants. Nous ne changerons rien au cours de la recherche; nous nous priverons simplement de ses bénéfices. Car il serait absurde d'imaginer, comme le fait le texte de la loi, que cette recherche menée à grands frais par des entreprises privées ne représente que des inconvénients.

Bien entendu, et cela est fait, on pouvait encore essayer d'amender le texte de façon à atténuer certains de ses inconvénients pour la recherche. Mais il est trop tard pour agir de la sorte. L'alerte a été donnée dans les milieux scientifiques. Les chercheurs ne s'amuseront pas à suivre nos débats, ni à peser tous les termes d'une loi. Ils ne prendront d'ailleurs même pas la peine de la lire dès lors qu'ils savent qu'il y a des pays où n'existe pas une telle loi. A titre d'exemple: alors que le moratoire proposé à l'article 32bis ne s'appliquerait pas à eux, la seule mention d'un moratoire a suffi à susciter la défiance. Il faut donc envoyer à la recherche un signal clair et fort en la mettant à part.

Aucune des deux requêtes ne peut être sacrifiée à l'autre. La première concerne la consommation et la seconde la recherche. La première est émotionnelle, la seconde est rationnelle. La première est politique, la seconde est scientifique. On ne peut pas, dans le même texte, atteindre des objectifs aussi disparates, sinon en sacrifiant l'un à l'autre au fil des articles et des majorités de rencontre. Mieux vaut un bon consensus qu'un affrontement stérile.

Frey Claude (R, NE): Chers collègues, vous êtes à une année des élections, et je veux prendre un pari qui est gagné d'avance. Dans les programmes électoraux de tous les partis, on insistera sur l'importance de la recherche: «la matière grise, cette seule matière première que nous avons»; «il faut investir dans la recherche»; «il faut augmenter les crédits». Dimanche 22 septembre 2002, après l'échec de la Fondation «Suisse solidaire», Mme Brunner disait déjà: «Ces 20 milliards de francs, il faut les mettre pour l'innovation.»

Alors, qu'est-ce que nous sommes en train de faire ici et maintenant? Ce projet concerne l'un des domaines – la biotechnologie – où le développement sera exponentiel ces prochaines décennies. Que fait la commission? On l'a déjà dit, elle veut interdire, elle veut dresser des obstacles tels qu'ils seront infranchissables, ce qui est d'ailleurs une autre manière de dire non.

Or, comme président d'Internutrition, je vois tous les jours où est l'inquiétude et le désarroi: il est chez les chercheurs, dans les universités, dans les écoles polytechniques fédérales. Voilà où est le désarroi! On compromet l'avenir de la recherche en Suisse, et les chercheurs n'auront plus que le choix de s'expatrier. Les grandes entreprises aussi, mais ça ne pose pas trop de problèmes pour elles. Quant aux petites et moyennes entreprises, elles n'auront alors plus que le choix de disparaître. Mais là aussi, dans vos programmes électoraux, vous insisterez sur l'importance de donner de bonnes conditions-cadres aux PME, celles qui créent véritablement des emplois.

Et pour être au moins sûre de tuer l'avenir de la recherche, la majorité de la commission a adopté une définition de la responsabilité civile qui est simplement caricaturale. Le producteur est responsable de tout! Le fabricant est responsable de tout! On va faire un parallèle. Imaginez que vous fabriquez des automobiles. On vous dira: «Attention, vous fabricants d'automobiles, si vos automobiles respectent toutes les normes de sécurité, mais qu'elles sont conduites par des ivrognes et que ces ivrognes provoquent des accidents graves, vous serez responsables!» C'est exactement ce que vous êtes en train de vouloir introduire dans la loi!

Il faut renvoyer le projet à la commission, simplement pour revenir à la raison.

Dans tous vos programmes électoraux, d'ici l'année prochaine, vous plaidez pour une Suisse ouverte, une Suisse concurrentielle qui puisse se battre à armes égales avec la concurrence étrangère. Or, qu'est-ce qu'on propose ici, notamment ceux qui veulent adopter toutes les mesures restrictives, c'est-à-dire les Verts et la gauche? On propose l'«Alleingang»: Surtout, il ne faut pas être eurocompatible! Surtout, il n'est même pas nécessaire de suivre les règles de l'OMC!

Regardez les critères pour les essais OGM. Regardez ce que vous dites concernant la séparation des flux de marchandises, ce qui est prescrit pour la déclaration. Le leitmotiv: il faut discriminer. Jusque dans les médicaments OGM! Parce qu'avec la règle absurde de la responsabilité civile, qui voudra encore se risquer à lancer des médicaments OGM, des vaccins OGM en Suisse, alors qu'on sera responsable de tout? Qui voudra encore avoir son siège en Suisse, alors que les entreprises qui ont leur siège en Suisse pourront même être discriminées par rapport aux entreprises étrangères?

La commission, je suis navré, a très mal travaillé. C'est n'importe quoi, et c'est sectaire comme prise de position. Mais je regrette aussi de constater que dans un projet si important, le Conseil fédéral a été très absent. Trop absent! Il devait y avoir un leadership du Conseil fédéral pour éviter les dérapages. On aurait aimé que le Conseil fédéral rappelle l'importance de son projet, qui est un bon projet globalement, et dise: «Attention, vous êtes en train d'adopter des règles qui sont simplement en dehors de toute réalité.»

Ce débat est important parce qu'on s'apprête à tuer la recherche. On s'apprête à tuer l'emploi dans un secteur qui contribue au développement, dans un secteur dont j'ai dit qu'il était en développement exponentiel. Bref, on s'apprête à tuer l'espoir.

Je vous demande de renvoyer ce projet à la commission.

Sommaruga Simonetta (S, BE): Sie haben Ihren Rückweisantrag anfänglich vor allem damit begründet, dass dieses Projekt gemäss Forschungskreisen nochmals überarbeitet werden soll. Ist Ihnen bekannt, dass sowohl die ETH als auch die Schweizerische Akademie der Naturwissenschaften sich gegen eine Rückweisung aussprechen?

Frey Claude (R, NE): Madame Sommaruga, je constate qu'un manifeste, M. Neiryck l'a rappelé, a été signé par tout ce qui compte dans la recherche dans ce domaine-là, à savoir par des gens qui sont aussi au fait des problèmes, des risques et des espoirs que l'est le directeur du Jardin botanique de l'Université de Berne par exemple, le professeur

Klaus Ammann. Ce sont des gens qui connaissent les risques, mais aussi les espoirs, et qui savent qu'il faut donner un cadre à la recherche scientifique, qu'il faut être un chercheur responsable. Moi, j'ai la conviction que les chercheurs en Suisse sont des chercheurs responsables.

Wandfluh Hansruedi (V, BE): Ich beantrage Ihnen Rückweisung der Vorlage an eine Sonderkommission mit dem Auftrag, sie nochmals zu überarbeiten, insbesondere einerseits die Haftpflichtregelung den Bedürfnissen des Forschungs- und des Anwendungsbereichs anzupassen und andererseits die Regelung bezüglich der Landwirtschaft nochmals zu überarbeiten.

Es ist für mich total unverständlich, wenn die CVP-Fraktion jetzt mit Einzelanträgen daherkommt und in der Begründung darauf hinweist, dass die Forschenden auf die Problematik der strengen Vorschriften aufmerksam gemacht hätten und dass diesen Bedenken Rechnung zu tragen sei. Das ist genau diejenige CVP-Fraktion, die in der zweiten Lesung zusammen mit den Grünen und den Linken verhindert hat, dass noch gewisse wichtige materielle Änderungen und Nachbesserungen gemacht werden konnten, die sich aufgrund der jetzt zitierten Aussagen der Forscher aufgedrängt hätten.

Die Forschenden, so z. B. die Schweizerische Akademie der Naturwissenschaften, haben bereits vor der zweiten Lesung auf die Unmöglichkeit der verschiedenen Artikel aufmerksam gemacht. Auch das Gutachten Cottier lag längst vor. Bei den Hearings kam klar zum Ausdruck, wo die Probleme liegen. Doch die Vertreterinnen und Vertreter der CVP-Fraktion, mit Ausnahme von Jacques Neiryck, sind blind den Kolleginnen Sommaruga und Fetz gefolgt und haben kreative Ansätze der Bürgerlichen gebodigt. Sie wollten nicht gemäss Bundesverfassung Mensch und Umwelt vor Missbräuchen und der Gentechnologie schützen, sondern sie wollten ein Verbotsgesetz für die Gentechnologie.

Ich bin der Meinung, dass verschiedene Artikel nachgebessert werden müssen, insbesondere was die Haftpflichtfrage betrifft. Es darf nicht sein, dass Apotheker für bewilligte und fehlerfreie Produkte haften, die infolge falscher Anwendung zu Schäden führen. Andererseits ist es nicht zulässig, dass Landwirte für Schäden haften müssen, die infolge von Verunreinigungen ihrer Ernte durch GVO-Produkte entstanden sind.

Ich fände es unfair Ihnen gegenüber, die nicht Mitglieder der Kommission waren, wenn wir jetzt hier sozusagen eine Kommissionssitzung im Grossen durchführen müssten, nur weil in der zweiten Lesung das Gespräch verweigert wurde. Immerhin habe ich heute vom Sprecher der SP-Fraktion zur Kenntnis genommen, dass Sie den Antrag Heberlein unterstützen und wieder eine gewisse Gesprächsbereitschaft an den Tag legen. Aber ist es wirklich die Idee, die Vorlage hier im Rat detailliert zu behandeln, obwohl sie im Prinzip nicht verhandlungsreif ist und massiv nachgebessert werden muss?

Ich verlange deshalb Rückweisung an eine Sonderkommission und nicht an die WBK und begründe dies wie folgt: Es würde mich erstaunen, wenn die gleiche Kommission bei der Überarbeitung der Vorlage zu wesentlich anderen Entscheidungen kommen würde. Ich würde erwarten, dass sich eine Sonderkommission so zusammensetzt, dass die Fraktionen darin repräsentativ vertreten sind – ich nehme an, dass auch die CVP-Fraktion noch einen bürgerlichen Flügel hat.

Ich bitte Sie deshalb, meinem Rückweisantrag zuzustimmen.

Fetz Anita (S, BS): Lieber Kommissionskollege Wandfluh, man kann Mythen ziemlich lange aufrechterhalten, aber irgendwann einmal platzen sie – dies vor allem dann, wenn man zeigt, dass man nicht auf der Höhe der Information, der aktuellen Information ist. Wissen Sie, dass seit diesem Wochenende die gesamte Forschungsgemeinschaft, dass die ETH und die Schweizerische Akademie der Naturwissenschaften geschlossen hinter diesem Gesetz stehen, wenn

Artikel 6 geöffnet wird? Kennen Sie das Gutachten des Bundesrates bezüglich der Haftpflichtregelung, das sagt, dass diese Haftpflichtregelung, so wie sie im Gesetz dargestellt ist, stimmt? Ich denke, wenn man diese Sachen anerkennt und nicht weiterhin von Mythen redet, wie Sie das tun, kann man auch anerkennen, dass dieses Gesetz verhandlungsreif ist.

Wandfluh Hansruedi (V, BE): Die Naturwissenschaftler, also die Forscher, haben sich ja mehrfach zum Gesetz geäußert und darauf aufmerksam gemacht, dass verschiedene Nachbesserungen absolut angezeigt sind. Zur Frage, ob die Haftpflichtregelung im Entwurf des Bundesrates stimmt: Die Frage ist, für wen sie stimmt. Sie stimmt insbesondere für die Landwirte nicht, respektive es kommt auch darauf an, welche Haftpflichtregelung Sie dann nehmen – diejenige der Mehrheit oder diejenige der Minderheit. Die eine stimmt für die einen, die andere für die anderen.

Fetz Anita (S, BS): Eine Nachfrage: Wissen Sie um die Zustimmung der ETH und der Schweizerischen Akademie der Naturwissenschaften seit diesem Wochenende zum Kompromissvorschlag, der heute vorliegt?

Wandfluh Hansruedi (V, BE): Wenn der Vorschlag, der mit dem Antrag Baader Caspar heute noch eingereicht wird, Ihre Basis ist, dann könnte ich mich Ihrer Auffassung anschliessen.

Eberhard Toni (C, SZ): Herr Wandfluh, nur eine kurze Frage: Sie haben die CVP-Fraktion kritisiert. Haben Sie vergessen, dass von einem Ihrer Parteikollegen in der Kommission ein Ausgleichsantrag gemacht wurde?

Wandfluh Hansruedi (V, BE): Ich habe nicht vergessen, dass wir in der Kommission auch einen Antrag gemacht haben. Es ist so, dass wir in der SVP-Fraktion auch unterschiedliche Meinungen haben. Aber im Prinzip haben wir eine klare Mehrheit in dem Sinne, wie ich votiert habe.

Wirz-von Planta Christine (L, BS): «Kontrolle statt Verbote» sollte doch zwingend das Leitmotiv für diese Gen-Lex sein. Die uns vorliegende, von der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates verabschiedete Gesetzesvorlage ist mittlerweile zu einem regelrechten Biotech-Verhinderungsgesetz mutiert. Forscherinnen und Forscher sind nach wie vor besorgt, denn das von der WBK verabschiedete Gentechnikgesetz schränkt die medizinische, biologische und landwirtschaftliche Forschung in der Schweiz im Vergleich zur ausländischen Konkurrenz drastisch ein. Wird die Vorlage so verabschiedet, wie sie uns vorliegt, so können sich die Liberalen nicht dahinter stellen, und zwar aus schwerwiegenden Gründen, die ich nachfolgend im Namen der Fraktion darlege.

An erster Stelle sei der Volkswille zitiert, der im Jahre 1998 in der Ablehnung der Genschutz-Initiative deutlich zum Ausdruck kam. Es widerspricht dem Demokratieverständnis der Liberalen zutiefst, wenn nun die abgelehnten Verbote durch die Hintertüre in die Gen-Lex Eingang finden, die in erster Linie zur Aufgabe hat, klare und sinnvolle Regelungen und Beschränkungen aufzunehmen. Mit der Gen-Lex sollte ein hoher Sicherheitsstandard erreicht, auch den Bedenken der Bevölkerung Rechnung getragen und der Schweiz die Möglichkeiten und Chancen dieser zukunftsweisenden Technik offen gehalten werden. Voraussetzung ist dabei, dass ein stetes Abwägen zwischen imaginären negativen Folgen der Gentechnologie und ihren Chancen stattfindet. Mit einem Verhinderungsgesetz verbauen wir uns jedoch diesen Weg zum Vornherein. Allfällige Risiken tragen wir ohnehin mit, da im Ausland ohne Zweifel weitergeforscht wird – und womöglich noch mit unseren besten Experten.

Mit der Gen-Lex darf der Forschung nicht die Möglichkeit entzogen werden, das Grundlagenwissen zu erarbeiten. Ein solches Vorgehen würde eine unserer wichtigsten Ressour-

cen, die Hochschulbildung, einschränken und die Schweizer Hochschulen vom internationalen Niveau abkoppeln, schlicht unsere Kompetenz auf dem Gebiet der Gentechnologie zunichte machen. Qualitativ hoch stehende und unabhängige Forschung, die sich nicht nur von Gewinninteressen leiten lässt, ist Teil unserer Zukunft, die wir als verantwortungsvolle Politiker und Politikerinnen nicht preisgeben dürfen. Das im Gesetz postulierte Moratorium für Freisetzungsversuche würde negative Konsequenzen auf die Forschung in der Schweiz haben.

Gerade im Zusammenhang mit den Freisetzungsversuchen ist das uns heute vorliegende Gesetz von Misstrauen gegenüber der Forschung oder vielmehr von Angst gegenüber dem Unbekannten geprägt. Das ist an sich eine verständliche Haltung, denn der Laie hat sich noch nicht lange mit dieser komplexen Materie auseinandergesetzt; zudem ist diese Materie sehr schwer zu erfassen. Es ist erfahrungsgemäss leichter, auf emotionaler Ebene negative Auswirkungen an die Wand zu malen, als mit sachlicher Argumentation einen möglichen Nutzen zu begründen, der noch nicht einmal vollumfänglich beweisbar ist.

Aber seien es nun Risiken, Gefahren oder Nutzen – damit Antworten auf die Fragen gefunden werden, muss geforscht werden. Ein Verhinderungsgesetz verhindert auch Antworten. Es geht jedoch nicht ausschliesslich um die Spitzenposition in der Forschung, die Hochschulbildung und den Rang im internationalen Wettbewerb. Der volkswirtschaftliche Aspekt ist ebenfalls von grösster Bedeutung. Von diesem Gesetz empfindlich getroffen werden die Wirtschaft – namentlich die Agroindustrie – und hoch spezialisierte, aufsteigende Kleinfirmen. Grosse Firmen können ihre Forschung verlegen, Start-ups werden eingehen, und die Schweizer Wirtschaft wird das Nachsehen haben.

Zu den unrealistischen Auflagen und zum Moratorium für Freisetzungsversuche gesellt sich eine in der Welt einzigartige Haftpflichtregelung, der wir Liberalen nicht zustimmen können. Diese Haftpflichtregelung verlangt, dass das schlicht Unvorhersehbare vorhersehbar sein muss. Das Gesetz verlangt, dass der Hersteller für sein bewilligtes, fehlerfreies Produkt auch dann haften muss, wenn der Konsument durch falsche Anwendung einen Schaden verursacht. Dies widerspricht dem üblichen Rechtsgrundsatz, der generell vorsieht, dass der Anwender für verursachte Schäden aufkommen muss. Die Auflagen, das Moratorium, die Haftpflicht gehen zu weit und verwandeln die Gen-Lex in ein Verhinderungsgesetz.

Nochmals: Wir wollen gemäss Volkswille und zugunsten der Schweizer Wirtschaft und Forschung klare Richtlinien, ein sachgerechtes Gesetz, das vor Missbrauch schützt, das aber die Entwicklung auf dem zukunftsreichen Gebiet der Gentechnologie nicht unterbindet oder gar verunmöglicht. Die Liberalen sind für Nichteintreten.

Sollte das Plenum dem Antrag auf Nichteintreten nicht folgen, so werden die Liberalen den Rückweisungsantrag Neiryck unterstützen. Die Aufteilung der Gen-Lex in einen liberalen Forschungsteil und in einen restriktiven Anwendungsteil kommt vielen Kreisen, namentlich den bäuerlichen Organisationen, natürlich entgegen. Es ist sinnvoller, die Kommissionsberatung wieder aufzunehmen, als vor einem Scherbenhaufen zu stehen, wenn es sich abzeichnet, dass die Minderheitsanträge nicht zum Durchbruch kommen sollten.

In diesem Zusammenhang muss ich sagen – und es ist sehr zu bedauern –, dass in einer entscheidenden Kommissions-sitzung einem Antrag Fetz zugestimmt wurde, mit dem die sachliche Diskussion über brisante inhaltliche Fragen auf eine mehr oder weniger belanglose redaktionelle Ebene hinuntergeschraubt wurde. Mit einer Rückweisung soll nicht Kosmetik betrieben werden oder eine Verhinderungstaktik angewandt werden, sondern im Sinne des Leitmotivs, das übrigens auch dem Volkswillen entspricht, ein Kontrollgesetz und kein Verbotsgesetz erarbeitet werden.

Riklin Kathy (C, ZH): Sie haben es bereits gesehen: Die Gentechnologie ist zu einer Glaubensfrage geworden, und

Glaubensfragen sind schwierig rational anzugehen. Bei der Beratung dieses Gesetzes sind die Interessen des Konsumentenschutzes, des Naturschutzes, der Bauern, der Agrowirtschaft sowie der Pharmaindustrie und der Forschung aufeinander geprallt. Es spielt sich, bildlich gesprochen, ein Titanenkampf zwischen den «Gentechnophilen» und den «Gentechnophoben» ab. Und auch in diesem Geschäft spielen die Versicherungsgesellschaften eine nicht unbedeutende Nebenrolle. Selten haben wir ein so hartes Lobbying erlebt.

Die CVP-Fraktion versucht, zwischen den beiden Seiten zu vermitteln. Wir weisen die Vorwürfe von Herrn Wandfluh dezidiert zurück; sie sind unberechtigt. Man könnte betreffend die Arbeitsweise der SVP-Fraktion auch einiges ergänzen, aber wir möchten das nicht tun. Wir wollen eine klare gesetzliche Grundlage, auch im ausserhumanen Bereich. Für uns ist die Arbeit des Ständerates eine gute Grundlage; eine Rückweisung an die Kommission erachten wir als unsinnig. Die vorliegende Gen-Lex-Vorlage wurde vom Ständerat gründlich und umsichtig ausgearbeitet. Sie basiert auf der Motion 96.3363 der WBK-NR, «Ausserhumane Gentechnologie, Gesetzgebung ('Gen-Lex-Motion')», welche am 26. September 1996 in diesem Saal im Zusammenhang mit der Ablehnung der Genschutz-Initiative einstimmig überwiesen wurde. Im Ständerat wurde die Gesetzesvorlage übrigens genau vor einem Jahr mit 32 zu 0 Stimmen – keine Gegenstimme! – verabschiedet.

Die strittigen Punkte der Gen-Lex sollen hier im Plenum diskutiert und entschieden werden. Die CVP-Fraktion versucht, die berechtigten Anliegen der Forschung und Industrie sowie die Ängste, Zweifel und Bedenken der Bevölkerung in ihrer Haltung zum Gentechgesetz einzubringen. Aufgabe einer Partei mit ethischem Anspruch ist es auch, die Gefahren und Risiken, denen wir die Natur aussetzen – z. B. durch Pollenflug –, in das Gesetz mit einzuschliessen. Die Erhaltung der Schöpfung und ein verantwortungsvoller Umgang mit ihr sind unser Grundauftrag. Die genetische Vielfalt der Tier- und Pflanzenwelt darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Sie soll nicht durch rücksichtsloses Handeln gefährdet werden.

Für die CVP ist klar: Die Entwicklung und Umsetzung der Gentechnologie muss die ethischen Werte, die Würde des Menschen und der Kreatur absolut respektieren. Mit der Gentechnologie haben wir Menschen erstmals in der Geschichte ein Instrument in der Hand, mit dem wir die Baupläne der lebendigen Welt verändern und steuern können. Ob alle Prozesse reversibel sind, ist ungewiss. Die Forschung über die möglichen Risiken der Gentechnologie ist von grösster Wichtigkeit. Insbesondere in der Pflanzen- und Tierwelt braucht es mehr Erkenntnisse zur Biosicherheit. Daher ist in diesem neuen Forschungsbereich und bei seinen Anwendungen höchste Sorgfalt gefordert.

Gerade in der heutigen Zeit, in der die schweizerische Landwirtschaft in einem gewaltigen Umbruch ist, sind klare Richtlinien gefordert. Nach BSE-Krise und Hormonskandalen wollen Konsumenten und Bauern keine neuen Risiken eingehen. Auch diesen grossen Ängsten und Bedenken wollen wir Rechnung tragen.

Während sich die CVP-Fraktion vor der Debatte im Ständerat noch klar für ein Moratorium ausgesprochen hatte, kann sie, falls das Gesetz mit strengen Leitplanken ausgestattet wird, auf ein Moratorium verzichten. De facto wird in den nächsten fünf Jahren kein gentechnisch verändertes Produkt in Verkehr gesetzt. Auch die EU hat eine sehr restriktive Bewilligungspraxis gegenüber gentechnisch veränderten Organismen. Das Misstrauen gegenüber Genfood und Gentechnik im Ernährungsbereich ist europaweit gross, und der ökonomische Erfolg wird heute sogar in den USA angezweifelt. Für den Forschungsstandort Schweiz wird das Moratorium vor allem als Signal aufgefasst; für die Bauernschaft ist es ein Zeichen für eine ökologische, naturnahe Landwirtschaft.

Die Mehrheit der CVP-Fraktion sieht von einer Unterstützung des Moratoriums ab. Klare Deklarationspflicht und Trennung der Warenflüsse als Grundlagen für die Wahlfrei-

heit der Konsumentinnen und Konsumenten sind für die CVP-Fraktion aber Grundvoraussetzungen für den Verzicht auf ein Moratorium.

Ich möchte Ihnen bereits jetzt unsere Haltung zu einigen wichtigen Richtlinien im Gesetz bekannt geben. Obwohl der Zweckartikel der Bundesverfassung entspricht und damit juristisch absolut korrekt ist, hat die CVP-Fraktion Verständnis dafür, dass ein Teil der Kommission einen klareren und umfassenderen Text zu Beginn des Gesetzes wünscht. Zu deren Beruhigung unterstützen wir dieses Anliegen.

Wir haben den Bedenken der Forschenden an den ETH von Zürich und Lausanne und weiterer Universitäten Rechnung getragen und versuchen mit unserem Vermittlungsvorschlag hier einen akzeptablen Weg zu zeigen. Die Vorteile der Gentechnologie sollen eine reelle Chance haben. Der Fortschritt und die Entwicklung dürfen nicht mit unmöglich hohen Hürden verhindert werden. Die Industrie sieht ein grosses Potenzial in der Anwendung dieser neuen Technologie. Wir wollen den Forschungs- und Entwicklungsstandort Schweiz nicht schwächen.

Im Weiteren steht die CVP-Fraktion zum Verbandsbeschwerderecht; eine Mehrheit findet aber die Ausdehnung auf Konsumenten- und bäuerliche Kreise überflüssig. Bei der Haftpflichtregelung, bei der wir übrigens Frau Brigitta Gadiant von der SVP-Fraktion gefolgt sind, die hier eine sehr gute Arbeit geleistet hat, möchte nun aber die Mehrheit unserer Fraktion eine klar begrenzte Haftung, da sie befürchtet, dass der vorliegende Vorschlag der Mehrheit zu so hohen Risikoprämien führt, dass ein Hersteller keine Versicherungsgesellschaft finden wird.

Die CVP-Fraktion will Brücken zwischen den berechtigten Anliegen von Industrie und Forschung und den Bedenken eines grossen Teils der schweizerischen Bevölkerung bauen. Strenge Bewilligungskriterien und nicht reine Verbote sollen eine geregelte und verantwortbare Entwicklung ermöglichen. Wir weisen die Rückweisanträge und die Anträge auf Nichteintreten zurück. Sie bringen nichts. Das Gesetz ist reif zur Beratung. Es ist gut vorbereitet und liegt vor. Wir können zu den einzelnen Artikeln entscheiden.

Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten.

Le président (Christen Yves, premier vice-président): M. Neiryck a la parole pour une courte déclaration personnelle au sujet de l'affirmation de Mme Fetz sur la prise de position des écoles polytechniques fédérales. C'est un sujet important. Mme Fetz pourra répliquer.

Neiryck Jacques (C, VD): J'ai pris contact avec les responsables de la communication des deux écoles, MM. Rolf Probala et Claude Comina, qui sont dans les environs, et ils m'ont affirmé que les affirmations de Mme Fetz ne sont pas conformes à la réalité.

La position des EPF a encore été précisée dans l'interview du professeur Stefan Catsicas parue hier dans l'«Agefi» et c'est une position négative.

Fetz Anita (S, BS): Herr Neiryck, es ist interessant: Wir reden mit der gleichen Person und kommen zu verschiedenen Einschätzungen. Ich glaube bald, dass Herr Probala hier ans Pult kommen müsste, um zu sagen, was er wirklich sagte. In der letzten «SonntagsZeitung» hat er zu Protokoll gegeben, dass das Gentechnikgesetz die Forschung ermöglichen müsse und dass Anträge wie jener von Kathy Riklin – also der Einzelantrag Riklin zu Artikel 6 – deshalb in die richtige Richtung gingen. Frau Riklin hat vorhin sehr genau ausgeführt, dass man über Brücken gehen muss, wenn man einen Kompromiss macht. Brücken haben zwei Enden.

Riklin Kathy (C, ZH): Der Vermittlungsantrag zu Artikel 6, dem Forschungsartikel, stammt von mir. Ich habe persönlich von Herrn Probala ein E-Mail erhalten, wonach der Antrag in die richtige Richtung gehe. Es handelt sich hier um eine selektive Wahrnehmung oder vielleicht um ein Sprachproblem mit Jacques Neiryck. Ich bedaure das.